

Höhere Grundsteuer B in Voerde

Nach kontroverser und teils hitziger Debatte votiert der Stadtrat in geheimer Abstimmung für eine Anhebung der Grundbesitzabgabe ab 1. Januar 2016

Petra Keßler



FOTO:

Von aktuell 600 auf 690 Prozent wird zum 1. Januar 2016 die Grundsteuer B in Voerde steigen. Das hat der Stadtrat gestern nach teils hitziger Debatte beschlossen. Foto: dpa

Voerde. Der Rat hat gestern den Weg für eine erneute Anhebung der Grundsteuer B frei gemacht. Das Ergebnis fiel deutlicher aus, als es einige in dem Gremium offenbar gemutmaßt hatten: In geheimer Abstimmung, die von der CDU beantragt worden war, wurde bei 23-Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und einer Enthaltung für eine Erhöhung der Abgabe um 90 Prozentpunkte auf 690 Prozent ab dem 1. Januar 2016 votiert. Die Fraktionen hatten sich zuvor eine kontroverse und teils hitzige Debatte über die Frage der Notwendigkeit dieser Maßnahme geliefert.

Die Verwaltung machte sowohl zu Beginn der Beratung über den Ergänzungskatalog zum Haushaltssicherungskonzept

(HSK), in dem die Erhöhung der Grundsteuer B ein wesentlicher Posten (Mehrertrag rund 1,1 Mio. Euro) ist, als auch kurz vor der Abstimmung über den Punkt erneut deutlich, warum sie eine solche Entscheidung für dringlich erachtet: Kämmerin Simone Kaspar berief sich auf Paragraph 75 der Gemeindeordnung, in dem die allgemeinen Haushaltsgrundsätze festgeschrieben sind. Ein Punkt ist, dass sich eine Gemeinde nicht überschulden darf. Dies aber droht Voerde 2019, wenn nicht weitere umfangreiche Konsolidierungsmaßnahmen beschlossen würden. Selbiges hat der Kreis der Stadt ins Stammbuch geschrieben. Das fortgeschriebene HSK in der bisherigen Form hat die Kommunalaufsicht nicht genehmigt. Daher ist Voerde in der vorläufigen Haushaltsführung, was starke Einschränkungen bedeutet. So darf die Stadt zurzeit etwa keine Zuschüsse auszahlen.

Die Fraktionsspitzen von SPD und Grünen betonten die Alternativlosigkeit und Tragweite der zu treffenden Entscheidung: „Wenn wir das heute nicht hinkommen, dann haben wir viele Jahre in Voerde das Problem, überhaupt noch etwas machen zu können“, konstatierte Stefan Meiners. Der Grünen-Fraktionssprecher hielt jedem, der gegen die Maßnahme votiere, vor, „gegen das Wohl“ der Stadt zu stimmen. Sein SPD-Kollege Uwe Goemann argumentierte ähnlich, er sprach von der Verantwortung, die man für die Kommune habe und mahnte – als Seitenhieb gegen die CDU – nicht immer reflexartig „die Schließung“ der Stockumer Schule oder Personaleinsparungen im Rathaus zu fordern.

„Unehrlige Debatte“

CDU-Fraktionsvize Ingo Hülser warb seinerseits bei der SPD darum, doch mit Nein zu votieren. Seine Fraktion werde dies mit „großer Mehrheit“ tun. Die Debatte nannte er „unehrlich“, dieser Anhebung würden weitere folgen. Eine Meinung, mit der er nicht alleine stand. Die CDU will alternativ den Haushalt noch einmal in den Blick nehmen, sieht die Ermessensspielräume darin noch „nicht ausgeschöpft“. Hülser's Ausführungen stießen bei SPD und Grünen mit Verweis darauf, dass es um das HSK geht, auf Kopfschütteln.

Ein Nein zu einer Grundsteuer-B-Anhebung kündigte auch Linke-Fraktionschef Joachim Kinder an – wenn auch mit „großen Bauchschmerzen“. Er betonte, dass auch die Bürger für einen persönlich ausgeglichenen Haushalt sorgen müssten. Die Ursache für die Misere der Stadt liege bei Bund, Land und Kreis. Christian Garden von der WGV enthielt sich unter dem Punkt Grundsteuer B einer Stellungnahme, erklärte lediglich, dass seine Fraktion mit Nein votieren werde. Gleiches kündigte für sich FDP-Ratsherr Bernhard Benninghoff an. Vor der geheimen Abstimmung wandte sich Bürgermeister Dirk Haarmann (SPD) an den Rat: „Wir sind in einer Situation, in der wir maßgeblich über die Zukunft unserer Stadt entscheiden.“ Er appellierte, der Grundsteuer-B-Erhöhung zuzustimmen, „damit wir unsere Handlungsfähigkeit behalten“. Für den Fall, dass die Politik kein genehmigungsfähiges HSK auf den Weg bringt, wozu die Stadt verpflichtet sei, müsse er den Ratsbeschluss beanstanden. Dazu kam es am Ende dann ja nicht.